



Grünschnabel

Zeitung der unabhängigen Wählergemeinschaft Grüne Liste Büttelborn

Wir bewegen was !

Rückschau und Ausblick auf die GLB-Kommunalpolitik

Die GLB war unbestritten die kleinste, aber aktivste Fraktion in der Gemeindevertretung in der Periode 2011-2016, rund 40 Anträge und größere Anfragen sind allein auf unserer Webseite dokumentiert. Nach jahrzehntelanger SPD-Dominanz gelang es der GLB bei der letzten Kommunalwahl, offene politische Verhältnisse zu schaffen, die wechselnde Mehrheiten im Gemeindeparlament erst möglich machten. Bei der Bürgermeisterwahl Ende 2012 wirkte die GLB dann mit ihrer eigenen Bewerberin Ute Kroiss (der jetzigen Spitzenkandidatin), dass inhaltliche Diskussionen vor der Wahl überhaupt stattfanden und dass es zur Stichwahl kam, wenngleich die GLB trotz rund 25% im ersten Wahlgang ausgeschieden war. In dieser Lage unterstützte die GLB den CDU-Bewerber und späteren Bürgermeister Andreas Rotzinger, da er z.B. einen anderen Politikstil mit mehr Bürgerbeteiligung zusicherte. Aber viele Versprechungen wurden

in der Folgezeit gebrochen, eine engere Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion stellte sich nicht ein. Gleich bei der ersten Nagelprobe, der Abstimmung über die kommunale Beteiligung via Riedwerke am ÜWG Stromnetz, scherte die CDU aus, brach die zuvor getroffenen Absprachen mit der GLB und stimmte mit der SPD.

Die Hoffnung der GLB, dass sich ein unverkrampfteres Konkurrieren der drei Fraktionen SPD, CDU und GLB um die besten Lösungen einerseits, aber auch eine massive Stärkung der Bürgerbeteiligung andererseits einstellen würde, trat nicht ein. Die CDU verließ sich mehr und mehr auf den Bürgermeister und stellte die sachliche Mitarbeit in den Ausschüssen der Gemeindevertretung fast vollständig ein, die SPD konnte ihre neue Rolle in der Büttelborner Kommunalpolitik einfach nicht finden. Im letzten Jahr gipfelte dies darin, dass die GLB durch ihre Vorschläge fast im Alleingang erst einen für alle

Fraktionen akzeptablen Haushalt für 2015 inklusive Haushaltssicherungskonzept bis 2018 wirkte. Dabei gelang es der GLB durch ihr Engagement, den Spagat zwischen der Aufrechterhaltung von sozialen Standards, kommunalen Steuern mit Augenmaß und strikten Vorgaben für die Haushaltszahlen in Einklang zu bringen. Denn in einer Volksabstimmung im März 2011 hatten sich rund 2/3 aller Hessen (auch in Büttelborn!) für eine Schuldenbremse ausgesprochen, die in der Folge die Gemeinde Büttelborn zu einem ausgeglichenen Haushalt bis 2018 verpflichtet – eine Mammutaufgabe für uns ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker auch in den kommenden Jahren.

Die GLB hat sich trotzdem wieder viel vorgenommen für die kommenden fünf Jahre, getreu Ihrem diesjährigen Motto: Wir bewegen was! Sie finden das ausführliche Wahlprogramm in dieser Ausgabe des Grünschnabels. Dazu einige Stichworte: Weitere

Finanzeinsparungen durch interkommunale Zusammenarbeit, sei es im Bereich Bauhof oder Waldbewirtschaftung; Sicherung der lokalen Versorgung in allen Ortsteilen; qualitativ hochwertige Kinderbetreuung in den KiTas; verstärkter sozialer Wohnungsbau; Schutz vor übermäßigem Fluglärm; Bau von Radwegen – um nur einige wenige Schlagworte zu nennen. Um diese vielen Aufgaben effektiv umzusetzen, wird sich die GLB nach der Kommunalwahl auch nicht verschließen, trotz aller bisherigen Erfahrungen mit SPD oder CDU über eine kommunale Koalition zu verhandeln. Neben fairen Kompromissen wären aber glaubwürdiges Verhalten in der Sache, abgesichert durch verlässlich handelnde Personen eines Koalitionspartners gefordert. Denn im Vordergrund steht für die GLB das Gemeinwohl Büttelborns. Dafür benötigen wir Ihre Unterstützung: Stimmen Sie deshalb bei der Kommunalwahl für die GLB-Kandidatinnen und -Kandidaten! *ap*

Tacheles Schwarze Null

Auf den ausgeglichenen Bundeshaushalt – genannt Schwarze Null – ist Bundesfinanzminister Schäuble ganz besonders stolz. Es ist ja auch ein erstrebenswertes Ziel, ohne Schulden übers Jahr zu kommen. Auch in Hessen hat sich eine Zweidrittelmehrheit für die Schuldenbremse ausgesprochen.

Es kann allerdings nicht akzeptiert werden, dass diese „Schwarze Null“ auf Kosten der Städte und Gemeinden erreicht wird.

Was nützt den Bürgern ein ausgeglichener Bundeshaushalt, wenn vor Ort wichtige Investitionsmaßnahmen, wie die Instandhaltung von Gebäuden, Brücken und Straßen in die Zukunft verschoben werden müssen, weil schlicht das Geld dafür fehlt.

*Diese Belastung der Generationen unserer Kinder und Enkel lehnt die GLB ab. Bei der Finanzanpassung der Städte und Gemeinden muss der Bund unbedingt nachlegen. Hier sind auch die Parteigliederungen vor Ort aufgefordert, Ihren „Oberen“ in der großen Koalition in Berlin gehörig Dampf zu machen. *fe**

GLB-Programm zur Kommunalwahl 2016

Interkommunale Zusammenarbeit mit umliegenden Kommunen

Die Aufgaben der Städte und Gemeinden sind äußerst vielfältig. Um diese zu bewältigen, muss fachkundiges Personal zur Verfügung stehen. Zudem müssen überall die gleichen Gerätschaften, Maschinen, IT-Ausstattung usw. angeschafft werden. Dies alles bedeutet mehrfache Kosten.

Um hier Abhilfe zu schaffen, bietet sich die Interkommunale Zusammenarbeit mehrerer Städte und Gemeinden miteinander oder auch gemeinsam mit dem Landkreis in vielen Arbeitsbereichen der einzelnen Kommunen an.

Eindrucksvoll verdeutlicht der Blick in die bundesweite Praxis, dass die Landkreise, Städte und Gemeinden mit interkommunaler Zusammenarbeit aktiv zur Einsparung von Kosten sowie zur Qualitätssicherung und -verbesserung der Leistungen für Bürgerinnen

und Bürger beitragen können.

Auch die Gemeinde Büttelborn hat sich bereits in verschiedenen Bereichen für die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen entschieden. Dies sind z.B. ein ortsübergreifender Ordnungsbehördenbezirk zur Verkehrsüberwachung, eine gemeinsame Bezugsstelle, der Wasserverband Schwarzbachgebiet Ried oder die Immobilienvollstreckung im Rahmen eines kreisübergreifenden Projektes mit ca. 30 weiteren Kommunen. Dennoch bestehen in weiteren Bereichen durchaus noch umfangreiche Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit. Die GLB sieht hier vorrangig:

- Finanzmanagement (Buchhaltung, Kasse, Steuer- und Abgabenverwaltung, Aufgaben der Haushaltswirtschaft von der Plan-Aufstellung bis zum Jah-

resabschluss)

- Bauhof (Maschinen und Gerätepark, Räumung und Streuung von Straßen, Straßenreinigung, Friedhofsbetreuung, Grünflächenmanagement)
- Sicherheits- und Ordnungsverwaltung (Standesamt, Personensandwesen, Meldewesen)

Interessant ist es hierbei auch, dass es im Land Hessen eine Rahmenvereinbarung zur Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit gibt. Durch die Zusammenarbeit soll eine Einsparung der personellen und sächlichen Ausgaben in den kooperierenden Aufgabenbereichen von mindestens 15% erzielt werden. Als Regelzuwendung für die Interkommunale Zusammenarbeit von drei Kommunen wird eine Zuweisung in Höhe von 75.000 Euro gewährt. *uk*

Radwege (Braunshardt, Griesheim, Hellwiesenviadukt)

Bereits seit vielen Jahren wird in der Öffentlichkeit die Forderung nach mehr Radwegen in der Gemeinde Büttelborn und zu den Nachbargemeinden und Städten erhoben. Für einen Radweg vom Ortsteil Worfelden nach Braunshardt entlang der Landesstraße 3094 hat die Gemeinde Büttelborn schon einen Geländestreifen erworben. Die Errichtung des Radweges scheiterte allerdings an finanziellen Engpässen der Stadt Weiterstadt. Dieses Problem sollte angesichts des großen und prosperierenden Gewerbegebietes mittlerweile behoben sein.

Auch zwischen dem Ortsteil Büttelborn und Griesheim ist ein Radweg dringend erforderlich. Hier sah es zeitweise so aus, als sei eine Realisierung in greifbarer Nähe gerückt. Aber selbst die Entscheidung, ob der Radweg auf der östlichen oder auf der westlichen Seite der Griesheimer Straße verlaufen sollte, wurde leider immer noch nicht getroffen. Die GLB meint, dass ein Projekt nicht an solchen Kleinigkeiten scheitern darf.

Die Möglichkeit einer Radwegeverbindung vom Ortsteil Klein-Gerau nach Groß-Gerau Nord durch das Hellwiesenviadukt wurde

schon vor Jahren geprüft und auf Büttelborner Seite für gut befunden. Bereits im Juni 2008 hat die Gemeindevertretung einen entsprechenden Antrag der GLB angenommen. Geschehen ist seither leider nichts. Hier sollte der Bürgermeister seine sonst so guten Beziehungen zu seinem Kollegen in Groß-Gerau mal zum Wohle der Gemeinde nutzen.

Auch die beiden erstgenannten Radwegeprojekte dürfen nicht daran scheitern, dass der Kreis Darmstadt berührt wird. Hier ist das Rathaus in der Pflicht, auch mal über Kreisgrenzen hinauszublicken. *fe*

Bürgernähe, Öffentlichkeit bei Beratungen und Entscheidungen

Die GLB tritt dafür ein, dass Entscheidungen zukünftig wieder in der Gemeindevertretung und ihren Gremien vorbereitet und getroffen werden. Bisher geschah dies allzu oft in nichtöffentlichen Zirkeln. Die Entscheidungen wurden dann in den demokratischen Gremien nur noch durchgeboxt. Denn Beschlüsse, die öffentlich diskutiert werden, erhöhen die Transparenz für die Bürger und stärken die Demokratie.

Leider hat Bürgermeister Rotzinger seine Versprechungen aus dem Wahlkampf zur Bürger-

meisterdirektwahl zu mehr Öffentlichkeit und mehr Offenheit nicht wahrgemacht. Zahlreiche Themen, wie die Gestaltung der Mülldeponie nach dem Ende der Laufzeit, das Haushaltssicherungskonzept, die Personalbemessung in den Kindertagesstätten der Gemeinde etc. werden in nichtöffentlichen Gremien diskutiert und vorentschieden, bevor sie überhaupt erst in den gewählten Gremien der Gemeinde besprochen und entschieden werden können.

Das wollen wir ändern! *fe*

Haushalt, Finanzen und Steuern

Die GLB fordert von der Gemeindeverwaltung und dem Bürgermeister, in den kommenden Jahren nur solche HH-Pläne zu erstellen, die mit dem Ergebnis weitestgehend übereinstimmen und nicht jedes Mal zu niedrigere Einnahmen und zu hohe Ausgaben veranschlagen, so dass die Differenz im Millionenbereich (2013: rd. 2,5 Mio. €, 2014: rd. 4 Mio. €) liegt, eine Büttelborner „Spezialität“ seit Jahren! Diese Vorgehensweise kaschiert nur die schlechte Planung und treibt im Voraus die Steuersätze hoch. Die GLB setzt sich stattdessen für eine realistische HH-Aufstellung ein, verbunden mit einer sozial ausgewogenen gemeindlichen Steuerpolitik. Perspektivisch wird die GLB keine höhere Grundsteuer B – die alle Immobilienbesitzer, aber auch Mieter über die Nebenko-

sten bezahlen müssen – als 600% (derzeit 530%) akzeptieren, wobei der Kreisdurchschnitt als Orientierung dient. Eine Anpassung aller Hebesätze, also auch der Grundsteuer A und der Gewerbesteuer, soll regelmäßig geprüft werden. Die GLB wird wie in allen zurückliegenden Jahren immer konstruktive Vorschläge zur Lösung der Finanzprobleme der Gemeinde einbringen, wie jüngst den Beschlussvorschlag für ein „Personalentwicklungs- und Personalqualifizierungskonzept“ oder die Umsetzung des Klimaschutzteilkonzepts, die mittelfristig zu Einsparungen führen werden und deshalb einstimmig beschlossen wurden. Nur eine finanziell gesunde Gemeinde mit einer effizienten Verwaltung schafft die Basis für ein lebenswertes Büttelborn. *ap*

GLB-Programm zur Kommunalwahl 2016

Versorgung im Ort

Als ich (Jahrgang 1958) noch Bub war, gab es in meiner Heimatgemeinde Worfelden drei Bäcker, zwei Metzger, einige kleine Lebensmittelgeschäfte, ein Schuhgeschäft, ein Kurzwarengeschäft, eine Raiffeisenfiliale, eine Tankstelle, einen Fotografen mit Fotogeschäft. Wahrscheinlich habe ich sogar noch einiges vergessen. Ende der 60er hatte Worfelden weniger als 2500 Einwohner, heute ca. 4500 – einen Bäcker, einen Lebensmitteldiscounter, Drogerie, Blumenladen, Apotheke.

Es ist nicht sehr viel, was an Einkaufsmöglichkeiten noch im Ort vorhanden ist. Sicherlich, der Vergleich zu früher hinkt ein wenig. Es gab halt kaum Supermärkte, in denen es, wie heutzutage alles für den täglichen Gebrauch zu kaufen gibt. Die Zeiten haben sich natürlich geändert.

Doch sollten die wenigen Einkaufsmöglichkeiten (nicht nur in Worfelden) erhalten bleiben. Von den Vorteilen profitieren alle – am meisten ältere Leute, die nicht eben mal schnell mit dem Auto weg fahren können. Aber auch für alle anderen ist es doch eine tolle Sache beim Einkaufen Bekannte zu treffen, mal hören was so im Ort passiert usw., Neubürger lernen Altbürger kennen. Kurz – die Geschäfte vor Ort sind auch kleine soziale Netzwerke. Arbeitsplätze werden auch geschaffen, oder erhalten. Wir als Bürger Klein-Geraus, Büttelborns, Worfeldens sollten die Einkaufsmöglichkeiten nutzen. Sind die kleinen Geschäfte erst einmal weg, werden unsere Gemeinden ärmer. *ht*

Medizinische Grundversorgung erhalten

Es ist unübersehbar, unsere Gesellschaft altert. Gerade ältere Menschen sind nicht mehr so mobil. Umso wichtiger ist es, dass die medizinische Grundversorgung in den einzelnen Ortsteilen gesichert ist. Dies soll auch so bleiben. Unsere Aufgabe ist es, für die niedergelassenen Ärzte akzeptable Rahmenbedingungen zu schaffen, so dass auch Nachfolger gefunden werden, wenn die Praxen einmal übergeben werden müssen.

Mit dem Zentrum für Gemeinschaftshilfe (ZfG) leistet unsere Kommune bereits seit Langem gute Arbeit im Bereich Pflege und Wohnen für unsere älteren Mitbürger. Apotheken gibt es zumindest in den Ortsteilen Büttelborn und Worfelden, sind somit auch für Klein-Gerauer Bürgerinnen und Bürger noch einigermaßen erreichbar. *ht*

Grünschnabels Umwelttipp

Energie, die man nicht verbraucht, schont die Umwelt und man muss sie natürlich auch nicht bezahlen. Hier zwei Informationen zum Thema:

- Ein Kühlschrank der Klasse A+++ verbraucht 50% weniger Strom als die Version A+.
- Eine defekte Kühlschrankdichtung führt zu einem Mehrverbrauch von 50 kWh im Jahr. Das sind 500 Stunden Fernsehen (Flachbildschirm 28 Zoll). Ob die Dichtung in Ordnung ist, lässt sich einfach feststellen: Klemmen sie einen Geldschein in die Tür und versuchen sie ihn bei verschlossener Tür heraus zu ziehen. Geht es, ist die Dichtung defekt. *ht*

Zugangsmöglichkeiten zu den Gewässern in Gemeindebesitz

Am Braunshardter Tännchen, im Südbereich unseres Gemeindegebiets, liegen der Angelsee Büttelborn sowie ein weiteres, biotopartiges Gewässer. Beide Teiche sind eine Erholung für Augen und Sinne. Gleiches gilt für die sog. Moorlöcher, direkt am Ortsrand von Büttelborn gelegen. Der Zugang zu diesen Gewässern, die der Gemeinde gehören und damit allen Bürgerinnen und Bürgern, ist jederzeit möglich.

Im Norden unseres Gemeindegebiets, rd. 800m entfernt vom Ortsrand Klein-Gerau, liegt der Gänswaldsee, ebenfalls als Angeltümpel verpachtet. Seit mehr als 20 Jahren ist dieser See rundum eingezäunt und im Sommer durch einen dichten Gehölzbewuchs nicht einmal einsehbar. Die komplette Absperrung eines gemein-

deigenen Sees dieser Größe ist in unserer Region nirgendwo vorgelesen. Es ist generell abzulehnen, dass ein Großteil der Ortsbevölkerung von der attraktivsten Landschaftsidyllen in Ortsnähe ausgeschlossen wird und lediglich ein privilegiertes Zugangsrecht existiert. Das passt weder in unsere Zeit noch in unsere Gesellschaft.

Die Gesamtgemeinde Büttelborn sollte sich ihrer naturgegebenen Kleinode bewusst werden und deren Naherholungswert allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen. Die GLB setzt sich deshalb seit längerem dafür ein, dass Einzäunung und Absperrung zu unterlassen sind.

Mit Ihrer Stimme unterstützen Sie uns dabei, das Recht auf Naturnähe und Naturgenuss für alle durchzusetzen. *ju*

Altenpflege/-heim am Heißgraben?

Die GLB unterstützt das Konzept für ein Seniorenheim mit dem Schwerpunkt der „Professionellen Versorgung chronisch schwerstmehrfach erkrankter Menschen mit weit fortgeschrittener Demenz“ eines privaten Investors, da sie den lokalen und regionalen Bedarf für eine solche Einrichtung für unbedingt notwendig erachtet, auch in Verbindung mit einem dann anders ausgerichteten und saniertem Seniorenheim „Haus Viktoria“ in Klein-Gerau. Die GLB lehnt aber den vorgeschlagenen massiven 3 1/2-geschossigen Baukörper im Bereich Heißgraben ab, weil er sich nicht in das Gelände und insbesondere nicht in die umgebende Bebauung einfügt. Da sich eine Verkleinerung des Projekts am Standort Heißgraben nicht mit der Rentabilität verträgt, haben GLB (und SPD) nachdrücklich angeregt, die Verwaltung möchte doch bitte einen alternativen Standort im Gemeindegebiet für das Projekt ermitteln – offensichtlich besteht (laut letzter Information) eine Möglichkeit im Ortsteil Büttelborn.

Die GLB hält eine maßvolle Verdichtung auf dem zu beplanendem Gelände für sinnvoll und schlägt

deshalb im gesamten Bereich eine 2 1/2-geschossige Bauweise (2 Vollgeschosse + Dachgeschoss) vor, die sich in die umgebende Bebauung gut integriert. Als Zielpublikum sieht die GLB sowohl Familien aber auch Einzelpersonen mit unteren und mittleren Einkommen an. Während im östlichen, schmaleren Teil des Heißgrabengeländes deshalb etwa 4 kompakte Doppelhäuser als Eigentum entstehen könnten, sollte im westlichen, etwas breiteren Bereich Mietwohnungsbau (Mehrfamilienhäuser) zum Zuge kommen, geschickt und etwas versetzt angeordnet mit bestmöglicher Flächennutzung. Die Erdgeschosswohnungen der so möglichen rund 20 mietbaren Wohneinheiten ließen sich darüber hinaus barrierefrei gestalten. „An bezahlbarem Wohnraum für untere Einkommensschichten aller Altersschichten mangelt es in der Gemeinde, da müssen wir dringend Abhilfe schaffen“, so die Meinung der GLB. „Zusammen mit dem bestehenden Spielplatz und einer Ausweisung der neuen Anwohnerstraße als verkehrsberuhigte Zone würde ein neues, sehr wohnliches Quartier mitten in Worfelden entstehen.“ *ap*

Kindergärten und Kinderkrippen

Sieben Kitas und Krippen gibt es in unserer Kommune. Dort soll unser Nachwuchs gefördert werden und auch erste soziale Erfahrungen machen. Je besser die Frühförderung im Kleinkindalter, desto besser sind die Grundlagen für die spätere Entwicklung der Kinder. Kaum jemand wird dem widersprechen. Dieser Herausforderung haben sich die Verantwortlichen zu stellen.

Das ist einer von mehreren Punkten die in unserer Gesellschaftsentwicklung zu berücksichtigen sind. Mittlerweile arbeiten meistens beide Elternteile. Kindererziehung und dadurch auch Kindergärten und Krippe müssen mit dem Beruf vereinbar und sowohl für Eltern, als auch für die Gemeinde Büttelborn finanzierbar sein. Es muss eine entsprechende Anzahl Erzieherinnen zu den benötigten Zeiten verfügbar sein.

Hier beginnen die Probleme für die Kommune. Es geht schon wieder mal ums liebe Geld. Gemäß Haushaltsplan 2016 hält die Gemeinde Büttelborn 562 Kindergartenplätze und 86 Plätze für Krippenkinder vor und hat da-

für nach Abzug aller Einnahmen (Elternbeiträge, Zuschüsse usw.) ein Defizit von ca. 4,4 Mio. €. Kosten die kaum noch zu leisten sind. Denn, wie viele Gemeinden hat auch Büttelborn nach wie vor einen hoch defizitären Etat und schlechte Chancen, die Kriterien für einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erfüllen.

Die Vorgaben wie Kitas und Krippen auszusehen haben, wie beispielsweise die U3-Versorgung, erstellen aber Bund und Land. Doch es ist leider nicht wie im richtigen Leben, dass der, der bestellt (Bund und Land), auch bezahlt. Die Kosten bleiben dann weitestgehend an den Städten und Gemeinden hängen. Wenn die Sonntagsreden der großen Politik vorbei und einige wenige Zuschüsse verteilt sind, können die Kommunen sehen wie sie klar kommen. Anstatt die Kitas und Krippen zu einer staatlichen Aufgabe zu machen, delegiert man an das letzte (schwächste) Glied in der Kette – die Kommunen.

Als Placebo hat das Bundesland Hessen das Kifög (Kinderförderungsgesetz) verordnet. Um die

Bekämpfung von weiter zunehmendem Fluglärm

Die Grüne Liste Büttelborn (GLB) sieht ihren Ursprung im Widerstand gegen den Bau der Startbahn West. Damals, vor rund 30 Jahren, haben einige der heute noch aktiven Fraktionsmitglieder den Protest in den Wald und auf die Straße getragen. Ein Erfolg war allerdings nicht beschieden.

Dass unsere Ortsgemeinden inzwischen durch die Startbahn West hochgradig lärmbelastet sind, daran haben wir uns gewöhnt. Dass aber die Lufthansa seit mehr als zwei Jahren ein Flachstartverfahren praktiziert, bei dem schwere Maschinen in Minimalhöhe mit maximalen Schallpegeln über unsere Dächer hinweg starten, hat die Situation noch verschlimmert.

Offizielle Stellen wie das Umwelthaus Kelsterbach messen die Lärmwerte, rechnen und machen

uns vor, dass nur unmerklich eine Lärmzunahme stattgefunden habe. Wir aber wissen es – leider aus eigener Erfahrung – besser. Bisher ist es uns auch nicht gelungen, beim „grünen“ Umweltminister Al-Wazir echtes Gehör für unser drängendes Problem zu finden. Ebenso wenig Erfolg hatten wir, als wir im Gemeindeverband direkt beim Chef der Lufthansa auf Beendigung der Flachstartpraxis drängten.

Mit etwas gutem (Nachbarschafts-)Willen seitens des Weltkonzerns Lufthansa wäre die Zusatzverlärnung unserer nördlichen Ortsteile eigentlich leicht vermeidbar. Wir unterstützen deshalb weiterhin alle Initiativen und Ansätze, mit denen die Unternehmensvorgabe „Flachstarten für LH-Maschinen“ außer Kraft gesetzt werden kann. *ju*

Kandidatinnen und Kandidaten der GLB zur Kommunalwahl am 6. März 2016

1. Kroiß, Ute	Dipl. Verwaltungswirtin	Worfelden
2. Engel, Frieder	Mathematiker	Worfelden
3. Peters, Andreas	Physiker	Klein-Gerau
4. Best, Peter	Berufsschullehrer	Büttelborn
5. Twardawa, Horst	Großhandelskaufmann	Worfelden
6. Reinheimer, Gerd	Lehrer	Klein-Gerau
7. Schulmeyer, Dieter	Ingenieur	Worfelden
8. Barthel, Andreas	Student	Büttelborn
9. Lischka, Karen	Studentin	Worfelden
10. Kahl, Else	Rentnerin	Worfelden
11. Paul, Stefan	Vertriebsingenieur	Büttelborn
12. Haybach, Hans-Rolf	Speditionskaufmann	Worfelden



Rolf Haybach



Stefan Paul

jammern den Kämmerer zu beruhigen, wurde das Kifög als Mindeststandard vorgestellt. Es ist vereinfacht gesagt, kaum etwas anderes als das Verhältnis Anzahl Kinder/Erzieherinnen zu verändern. Das Resultat ist die Einsparung von Personal und damit Senkung der Kosten. Weniger Personal bedeutet natürlich auch weniger Zeit für das einzelne Kind! Dadurch wird die Qualität ebenfalls abgesenkt. Die Belastung der Erzieherinnen und Erzieher steigt, dadurch erhöhen sich wahrscheinlich auch krankheitsbedingte Ausfälle.

Allerdings steht es den Kommunen frei, das Kifög über zu erfüllen – auf eigene Kosten. Denn Zuschüsse werden dann natürlich nicht erhöht.

Eltern fordern mit Recht eine gute Qualität der Kitas und Krippen für ihre Kinder. Diese darf sich allerdings nicht nur über Öffnungszeiten definieren und das Eigentliche kommt zu kurz.

Die Balance zwischen Qualität auf der einen und Kosten (sowohl für die Beiträge der Eltern, als auch für die Gemeinde Büttelborn) auf der anderen Seite zu finden ist eine große Herausforderung für uns Verantwortliche in der Politik. Denn wie jedes Kind ein Individuum ist, so sind auch in den einzelnen Familien die Interessen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten unterschiedlich gelagert. Die GLB wird sich für eine Erhaltung der bisherigen Qualität in den Kindertagesstätten bei moderaten Kosten einsetzen. *ht*

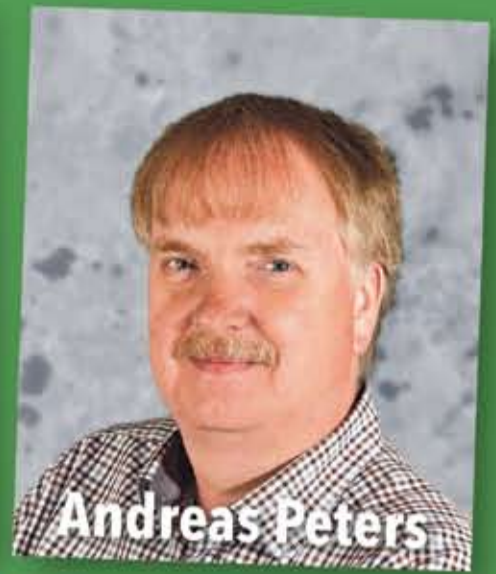
Wir



Ute Kroiß



Frieder Engel



Andreas Peters



Horst Twardawa



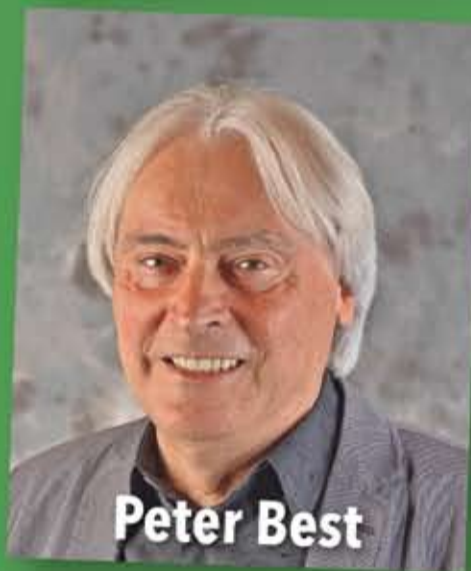
Gerd Reinheimer



Andreas Barthel



Else Kahl



Peter Best

bewegen



Karen Lischka



Dieter Schulmeyer

was



Unabhängige Wählervereinigung

Grüne Liste Büttelborn

GLB-Programm zur Kommunalwahl 2016

Die Zukunft unseres Waldes

Büttelborn ist ein Teil des Rhein-Main-Gebietes. Die Siedlungen und der Verkehr nehmen weiter zu. Ruhe und Naherholung für die gestresste Bevölkerung wird immer wichtiger.

Ziel: „Erholungswald“ im Ballungsraum

Unser vorrangig an der Holzwirtschaft orientierter Wald und der kleinere „Naturschutzwald“ bzw. „Wald mit Nutzungsverzicht für Ökopunkte“ (für Genehmigung des neuen Baugebietes „Am Grünen Weg“) wird um die Aufgabe eines „Erholungswaldes“ erweitert.

Damit bekommt unsere geschlossene Waldlandschaft immer mehr die Funktion der Parks in den Städten: mit altem Baumbestand, einem namentlich gekennzeichneten Wegenetz, Parkplätzen, Ruhebänken und Lehrtafeln.

Die zukünftige Waldbewirtschaftung

Der Büttelborner Wald als Teil der „Waldentwicklung im Hessischen Ried“ wird durch den ehemaligen Leiter des Groß Gerauer Forstamtes Henner Gonnermann für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) seit Jahren erforscht. Die GLB orientiert sich an seinem Konzept:

- Naturnaher Waldbau mit heimischen Laubbaumarten
- Kartierung der Zusammensetzung des Bodengrundes für Sanierungswaldflächen
- Einschlagstopp für ältere Laubbaumbestände
- Förderung besonders vitaler Laubbäume ab dem Jugendstadium
- Dauerwald anstelle eines perio-

disch geschlagenen Hochwalds

- Verzicht auf schweres Gerät und harte Bodeneingriffe

Dazu kommt die „Naturnahe Waldverjüngung“ mit der Eiche wie im Rüsselsheimer Stadtwald:

- Die Eiche wird zukünftig in geringer Stückzahl (50 - 80 Stück/ha) als Hochstamm aus Baumschulen vereinzelt angepflanzt (Heisterpflanzung).

- Naturverjüngung über Samen (Eicheln) mit langen Verjüngungszeiträumen
- Zur Förderung der Eiche wird im Rahmen eines gruppenweisen Aushiebs (Femelschlag) Licht geschaffen, der den Eichen ausreichend Wuchsbedingungen gewährleistet.

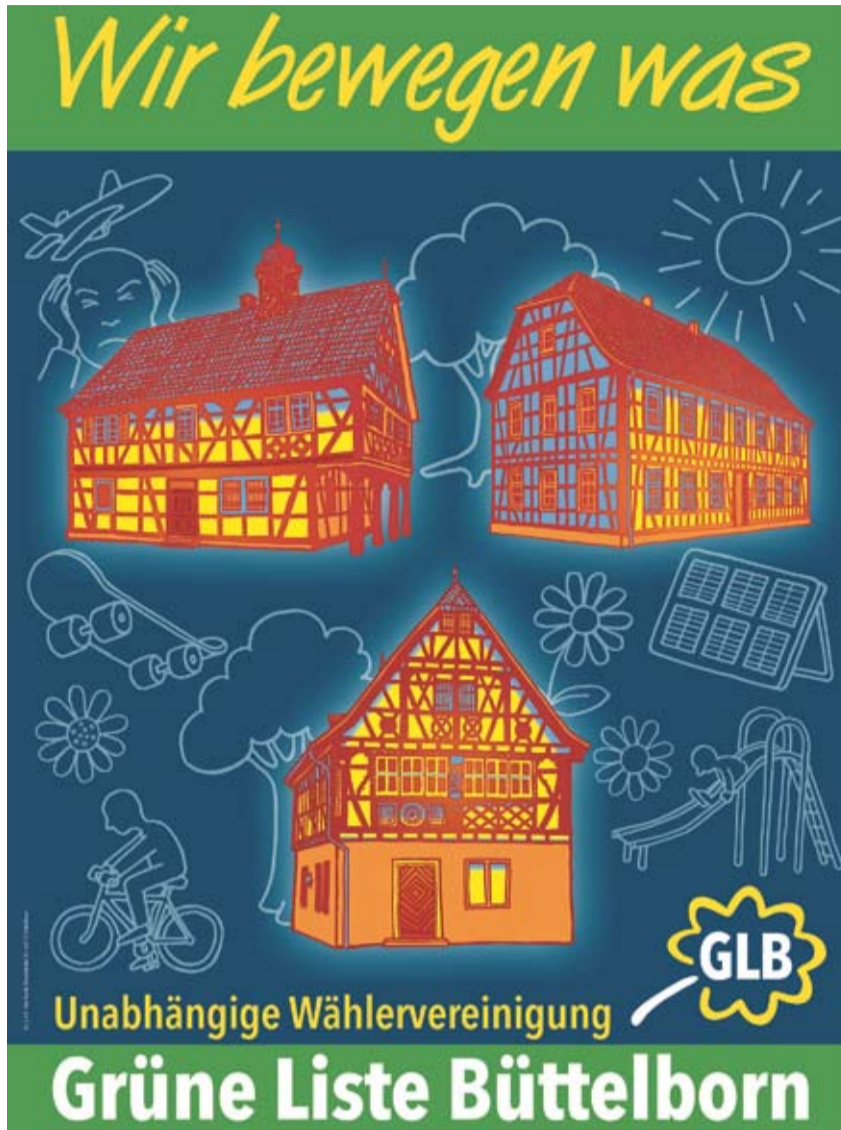
Interkommunale Forstbetriebsgemeinschaft anstatt Staatsbetrieb

Im Jahr 2018 läuft der „Waldbewirtschaftungsplan“ (Forstriehtungswerk) von 2008 mit dem staatlichen Landesbetrieb „Hessen-Forst“ aus. Es muss ein neuer Vertrag mit einem Waldkonzept für die nächsten 10 Jahre gemacht werden. Als Alternative zu „Hessen-Forst“ wird aktuell eine Interkommunale Forstbetriebsgemeinschaft (IFBG) von den Städten Rüsselsheim, Kelsterbach und Raunheim aufgebaut. Die Gemeinde Büttelborn wurde aufgefordert mitzumachen.

Bildung einer Waldkommission

Die IFBG setzt auf Kostenersparnisse durch eine naturnahe Waldwirtschaft und einen privaten Forstdienstleister, der durch eine Ausschreibung ermittelt wird. Eine intensive Mitarbeit der kommunalen Waldbesitzer wird vorausgesetzt. Die GLB schlägt dazu die Bildung einer dauerhaften Waldkommission (ähnlich der Brandchutzkommission) vor.

pb



Natur schützen und zugänglich machen

Was meint Naturschutz im Einzelnen und welche Zielsetzung hat Naturschutz insgesamt? Eine Antwort gibt das Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchGs) in seinem Eröffnungsparagrafen. Dort werden drei Aspekte von Natur benannt, die dauerhaft zu sichern sind:

1. die biologische Vielfalt,
2. die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts
3. der Erholungswert von Natur und Landschaft.

Der Gesetzgeber sieht also neben dem Eigenwert der Natur und neben ihrer ökologischen Funktion ebenso den Erholungswert von Natur als wesentlich an. Es wird ein Naturschutz bestimmt, der den Menschen und dessen legitimes Interesse nicht außer Acht lässt.

In diese Richtung geht auch die gesetzliche Aufforderung, geeignete Flächen zur Erholung im „besiedelten und siedlungsnahen Bereich zu schützen und zugänglich zu machen“ (§1 Abs. 4 BNatSchG). Die Verknüpfung von Schützen und Zugänglichmachen von Naturräumen ist eine gesetzgeberisch gewollte politische Aufgabe. Im Gebiet der Gesamtgemeinde Büttelborn setzt sich die Grüne Liste Büttelborn seit jeher dafür ein, dass geeignete Naturflächen, wie gemeindeeigene Gewässer, Wald- und Flurlandschaften oder renaturiertes Deponiegelände, geschützt und zugänglich gemacht werden. Unterstützen Sie mit ihrer Stimme die GLB im Engagement für einen Naturschutz, der den Menschen und dessen Erholungsrecht im Blick hat.

ju

Freies Funknetz

Beim Freifunknetz wird ein lokales Netzwerk zwischen benachbarten Routern aufgebaut an dem jeder mit einem WLAN-fähigen Gerät teilnehmen kann.

Die GLB tritt dafür ein, in allen Ortsteilen an mehreren öffentlichen Plätzen freie WLAN Hotspots (Zugriffspunkte) einzurichten. Der Beweggrund, ein freies Netzwerk aufzubauen, ist das Bedürfnis, einen kostengünstigen Zugang zum Internet zu erhalten, gerade in Gebieten, in denen kein DSL verfügbar ist. Der Vorteil besteht in der Möglichkeit, sich miteinander in freien Netzen verbinden zu können – ohne sich den Beschränkungen kommerzieller Anbieter unterordnen zu müssen.

kl

Mehr Power für frühkindliche Bildung

Es ist längst wissenschaftlich bewiesen: Die Schullaufbahn eines Kindes fängt nicht nur im Elternhaus an, sondern gerade in den Kindertagesstätten. Dies gilt besonders für die benachteiligten Kinder. In diesem Sinne wird nach einem Modellversuch seit 2008/09 in den Kitas der „Bildungs- und Erziehungsplan Hessen“ praktisch umgesetzt. Nur Vorsicht: Die Kitas dürfen nicht verschult werden! Module wie „Der Faden – Mathematik in Reimen“ oder Projekte wie „Pusteblume“ versuchen das zu vermeiden und trotzdem Bildung zu vermitteln.

Die GLB sieht es als ihren politischen Auftrag, die Umsetzung des hessischen Bildungsplans in den sieben Büttelborner Kitas und Krippen zu unterstützen. Und hier geht es neben der Intensität der pädagogischen Vermittlung natürlich um die Zeit und damit die Planstellen.

Konkret: Die Zeitplanung und der tatsächliche Zeitaufwand für die Umsetzung der Bildungsaufgaben der Erzieherinnen und Erzieher sollten nach den jetzigen Erfahrungen sowie nach einem Turnus von 3 Jahren bewertet (evaluiert) werden. Die Politik hat dann greifbare Zahlen für die Schaffung von Planstellen.

pb



Waldpartie östlich des Deponiegeländes in Büttelborn

Fehlinvestition am Parlament vorbei — Blockheizkraftwerk für das Bürgerhaus Worfelden

Mit einem Blockheizkraftwerk (BHKW) wird mittels Verbrennung von Gas oder Heizöl Wärme und Strom erzeugt. Dabei stehen 2/3 der Energie für Heizzwecke und 1/3 als Strom zur Verfügung.

Ersetzt man ganz oder teilweise eine Heizungsanlage durch ein BHKW dann muss man in diesem ca. 50% mehr Gas verbrennen als für die Heizung notwendig wäre und erzeugt damit auch 50% mehr klimaschädigendes Kohlendioxid (CO₂).

Ökonomisch gesehen ist ein BHKW nur dann rentabel, wenn an mindestens 4000 Stunden im Jahr Wärme und Strom gleichzeitig verbraucht werden kann.

Die Gemeinde Büttelborn hat ein Klimaschutzteilkonzept erstellen lassen, in dem gemeindeeigene Liegenschaften energetisch bewertet und Vorschläge für Energieeinsparung gemacht werden. Für das Bürgerhaus Worfelden sieht das Klimaschutzteilkonzept ein BHKW als Ergänzung der zu

erneuernden Heizungsanlage vor. Die Erneuerung der Bürgerhausheizung wurde schon im Umweltausschuss ohne Ergebnis diskutiert. Das Klimaschutzteilkonzept ist dort ebenfalls noch nicht abschließend behandelt.

Dass jetzt aber schon eine neue Heizungsanlage inklusive BHKW seitens der Verwaltung ausgeschrieben wurde, ist eine unverschämte Missachtung des Parlaments. Das BHKW alleine wird über 44.000 Euro kosten und sich für das Bürgerhaus nicht rechnen.

Die Zahlen, mit denen der externe Planer kalkuliert, sind vollkommen aus der Luft gegriffen. Er rechnet mit einem BHKW Volllasteinsatz von 7200 Stunden pro Jahr, das wären täglich (Sommer wie Winter) fast 20 Stunden, in denen sowohl 7,5 kW elektrischer Strom wie auch gleichzeitig 19 kW Wärme im Bürgerhaus verbraucht werden müssten. Das ist illusorisch, wahrscheinlich kom-

men da weniger als 3000 Stunden zusammen.

Genauer über das Tagesverbrauchsprofil von Strom und Heizung kann nur durch Messungen ermittelt werden. Aber das ist nicht geschehen, obwohl der Bürgermeister schon vor über einem Jahr ein sogenanntes Energie-Monitoring angekündigt hatte.

Eine Photovoltaikanlage mit Stromspeicher wäre die sinnvollere Lösung. Ökologisch auf jeden Fall, denn da wird CO₂-freier Ökostrom erzeugt. Um ökonomisch sinnvoll zu planen, müsste allerdings auch hier das Stromverbrauchsprofil bekannt sein.

Im Klimaschutzteilkonzept wird auch für das Rathaus ein BHKW als Stromerzeuger und Heizungsergänzung vorgesehen. Das wäre eine weitere Fehlinvestition.

Die GLB wird sich dafür einsetzen, dass dort ökologisch und ökonomisch sinnvoll gehandelt wird.

ds

Thema Tierschutz – Katzenkastration

Als Maßnahme gegen die Katzenüberpopulation und zur Eindämmung des Leids heimatloser Katzen wird in manchen Kommunen über eine Kastrations- und Registrierpflicht für alle Freigänger-Katzen diskutiert.

So gut wie alle deutschen Tierheime sind überfüllt. Obwohl jedes Jahr viele herrenlose, teilweise verwilderte Katzen durch Tierschutzvereine und engagierte Bürger kastriert werden, steigt die Anzahl der freilebenden Katzen immer weiter an. Viele dieser Katzen leben in einem elenden Zustand. Sie sind verwahrlost, oft krank und haben Flöhe und Würmer. Immer wieder werden ungewollte Katzenwelpen und Katzen ausgesetzt. Katzen werden bei Wohnungswechseln zurückgelassen. Auch diese her-

renlosen Katzen vermehren sich und das Katzenelend wächst.

Durch die ansteigende Zahl der Katzen werden zudem Katzenkrankheiten verbreitet und Singvögel sehr stark bejagt. Aus diesem Grund ist die Kastrations- und Registrierpflicht für alle Freigänger-Katzen wünschenswert. Halter müssen in die Verantwortung genommen werden. Im Übrigen bietet die Kastrations- und Registrierpflicht einen weiteren Vorteil, denn sie erleichtert die Rückführung vermisster Tiere zu ihren Haltern.

uk

Büttelborner Bürgerwehr



Gefunden auf der Internetseite der Gemeinde Büttelborn